

Gastbeitrag

Deutschland grenzt aus

VON LISA PFAHL UND JUSTIN J. W. POWELL

Die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen wird 2009 für Deutschland verbindlich. Aus der Formulierung in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte - Bildung ist Menschenrecht - leiten die Vereinten Nationen (UN) und die Europäische Union die Forderung ab, schulische Bildung möglichst inklusiv zu gestalten. Inklusiv heißt: Alle Kinder werden gemeinsam unterrichtet. Inwieweit wird das deutsche Bildungssystem dieser Forderung bereits gerecht?

In Deutschland wird immer mehr Kindern und Jugendlichen ein sonderpädagogischer Förderbedarf attestiert. Im Jahr 2006 wurden 86 Prozent dieser Gruppe an Sonderschulen unterrichtet. Eine Bildungspolitik der Inklusion wird durch unterschiedliche Faktoren verhindert. Dazu gehört die institutionelle Trägheit des Bildungswesens, das in seiner Mehrgliedrigkeit gefangen bleibt.

Dazu gehören auch das starke Interesse der (sonder-)pädagogischen Lehrer am bestehenden hochdifferenzierten Sonderschulsystem sowie der Mangel an politischem Willen, in gemeinsamen Unterricht ausreichend zu investieren und sonderpädagogische Lehrkräfte in inklusive Schulen zu verlagern. Trotz ihrer beachtlichen lokalen Erfolge bleiben deshalb inklusive Schulen in vielen Regionen Deutschlands die Ausnahme.

Das deutsche Sonderschulsystem stellt ein räumlich getrenntes und in Inhalt und Umfang reduziertes Angebot an Lernmöglichkeiten zur Verfügung. Sonderschulen bieten ihren Schülern kaum Aussichten auf Erfolg: 80 Prozent der Abgänger erhalten keinen qualifizierenden Schulabschluss. Dies wirkt stigmatisierend und führt nicht zu einer langfristigen gesellschaftliche Teilhabe. Das deutsche Sonderschulwesen steht damit in der nationalen und internationalen Kritik, die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen durch Ausgrenzung zu behindern.

Zugleich existieren auch in Deutschland zahlreiche Modell- und Integrationsschulen, die seit Jahrzehnten erfolgreich behinderte und nicht-behinderte Schülerinnen und Schüler gemeinsamen unterrichten. Im Bundesdurchschnitt werden jedoch nur 14 Prozent aller Schüler mit einem attestierten sonderpädagogischen Förderbedarf in Regelschulen integriert. Diese Integrationsquote variiert zwischen den Bundesländern stark: von fünf Prozent in Niedersachsen oder sechs Prozent in Sachsen-Anhalt bis zu 32 Prozent in Schleswig-Holstein, 34 Prozent in Berlin, und 45 Prozent in Bremen. Inklusive Bildung ist also möglich. Sie muss gewollt und politisch durchgesetzt werden. Wenn sie zudem ebenso gut finanziert wird, wie

bislang die separate Förderung an Sonderschulen, ist sie darüber hinaus äußerst erfolgversprechend.

Ogleich Schüler mit Behinderungen auch in anderen europäischen Staaten Benachteiligungen erfahren, zeigen auch Bildungsreformen, wie etwa in Italien und Norwegen, dass schulische Inklusion aller Kinder und Jugendlichen in gemeinsamen Klassen in allgemeinen Schulen umsetzbar ist. Inklusives Unterrichten fördert den Zugang zu beruflicher Bildung und zum Arbeitsmarkt.

Im Jahr 2006 erreichten in Deutschland nur 82 Sonderschulabgänger die allgemeine Hochschulreife. Im Gegensatz dazu erhielten etwa im integrativen Schulsystem der USA die Hälfte der sonderpädagogisch geförderten Schüler einen qualifizierenden High-School-Abschluss. Die Bildungsergebnisse anderer Länder zeigen, dass inklusive Beschulung häufiger dazu führt, dass die Betroffenen schulische Zertifikate erreichen. Sie verbessert auch oft die Übergänge zu tertiärer Bildung.

Der Zugang aller zu inklusiver Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Realisierung gesellschaftlicher Teilhabe und eines selbstbestimmten Lebens. Die UN-Konvention geht über das seit 1994 im Grundgesetz verankerte Prinzip "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden" hinaus. Es fordert die Notwendigkeit inklusiver Bildung für Vielfalt, Toleranz und Respekt als universelle, unverzichtbare Prinzipien des Zusammenlebens behinderter und nichtbehinderter Menschen.

"Sonderschule behindert Chancengleichheit", WZBrief Bildung 2008/04: www.wzb.eu/wzbriefbildung

[document info]

Copyright © FR-online.de 2008

Dokument erstellt am 28.12.2008 um 16:28:02 Uhr

Letzte Änderung am 28.12.2008 um 18:50:00 Uhr

Erscheinungsdatum 29.12.2008

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wissen_und_bildung/aktuell/?em_cnt=1651396&em_loc=1739